

## Grundzüge und Besonderheiten des Neoliberalismus in Deutschland

Karl Georg Zinn

### I. Historische Einordnung – Zur erschlichenen Tradition des Neoliberalismus

Am Ende der Weimarer Republik gerieten Kapitalismus und wirtschaftsliberalistische Ideologie in eine scheinbar irreversible Akzeptanzkrise. Ein Jahr bevor das nationalsozialistische Regime den kapitalistischen Mechanismus für seine Zwecke instrumentalisierte und damit zugleich den deutschen Kapitalismus vor dem drohenden Untergang rettete, befand der Soziologe Theodor Geiger (1891 – 1952), während der 1920er Jahre Leiter der Berliner Arbeiterhochschule, dass der Kapitalismus in einer schweren Vertrauenskrise steckte. Geigers Untersuchung der schichtenspezifischen Mentalitäten<sup>1</sup> ergab eine überwiegend feindselige Einstellung gegenüber dem liberalistischen Kapitalismus, „Die jüngsten Ereignisse im deutschen Parteienwesen offenbaren diese >Krisis des kapitalistischen Denkens< drastisch: es gibt heute keine große und starke Partei mehr, die den Gedanken der freien kapitalistischen Wirtschaft vertritt.“<sup>2</sup>

Der deutsche Neoliberalismus entstand (erst) als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise nach 1929 und die fast flächendeckende Vertrauenskrise in den Kapitalismus. Eine weit in die deutsche Geschichte zurück reichende Tradition beansprucht er daher zu Unrecht. Deshalb ist es erstaunlich, dass sich eine so traditionsarme und vor 1933 in der Breite des deutschen Volkes desavouierte Ideologie in Deutschland seit den 1980er Jahren zur herrschenden Lehre aufschwingen konnte<sup>3</sup>. Erstaunlich auch, weil nach Ende des Zweiten Weltkriegs der Kommunismus in den westeuropäischen Ländern breite Zustimmung fand. Doch gerade diese Tatsache sowie die mit dem Ost-West-Konflikt eintretende Umkehrung von Freund-Feind-Verhältnissen bestimmten die USA, ihre Besatzungspolitik gegenüber dem besiegten Deutschland zu revidieren – und auch auf eine konsequente Entnazifizierung zu verzichten.<sup>4</sup> Die unter dem Einfluss der Westalliierten in Kooperation mit dem deutschen Konservatismus nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte Restauration kapitalistischer Verhältnisse – nur abgemildert durch die grundgesetzlich verankerte Sozialstaatlichkeit – bot dem deutschen Neoliberalismus die Chance, sich als sozialökonomische

---

<sup>1</sup> Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage (= Soziologische Gegenwartsfragen, Heft 1), Stuttgart 1932.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 84.

<sup>3</sup> Wir wagen allerdings zuversichtlich zu prognostizieren, dass die neoliberalistischen Jahrzehnte nur eine Episode bleiben werden und eine Renaissance des Interventionismus ansteht, mit der dann auch die Keynesische Theorie ihrer theoretischen und historischen Überlegenheit entsprechend das wirtschaftswissenschaftliche Denken bestimmen wird. Deutschland könnte sich jedoch infolge der während der jüngeren Vergangenheit praktizierten neoliberalistischen Gleichschaltung des ökonomischen Wissenschaftsbetriebs besonders schwer tun, sich der bereits aufdämmernden Keynesianischen Renaissance zu öffnen. Vgl. zu der sich abzeichnenden Rückbesinnung auf Keynes: Olaf Storbeck, Wo Keynes doch Recht hatte und Friedman falsch lag, in: Handelsblatt, Nr.10. vom 15. Januar 2007, S.9.

<sup>4</sup> Stefan-Ludwig Hoffmann, Das Dilemma der Besatzer. Alliierte Deutschlandpolitik nach 1945: Pragmatismus vor Rigorismus, in: WZB Mitteilungen, Nr. 114, Dezember 2006, S. 15-17.

Leittheorie zu etablieren. Hierbei erleichterte die personalpolitische Restauration, nämlich die Wiederbeschäftigung nationalsozialistischer Fachleute in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen, die relativ ausgreifende ideologische Installierung des vor 1945 längst konzipierten deutschen Neo- bzw. Ordoliberalismus. Er diene als ideologischer Zufluchtsort für jene neuen alten Führungskräfte – jedenfalls nach außen und in Lippenbekenntnissen –, die sich einer liberalen Maske bedienten, um eine demokratische Läuterung zu signalisieren und ganz unmaskiert ihrem herkunftseigenen Anti-Kommunismus die Zügel schießen zu lassen. Der Durchbruch des jüngeren Neoliberalismus' angelsächsischen Ursprungs in der Bundesrepublik während der 1970er Jahre war somit durch die Entwicklung während der ersten Nachkriegsjahrzehnte gewissermaßen angebahnt worden; es wurde sozusagen prinzipiell die Möglichkeit offen gehalten, dass die bundesdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft auch erneut in ein unsoziales, wieder offen Klassenverhältnisse zulassendes, sie gar beförderndes System zurück kippen könnte, - sofern die geschichtlichen Veränderungen solcher Regression zuspielten. Die Wachstumskrise als Katalysator einer Richtungsänderung der sozialökonomischen Entwicklung zu verstehen, heißt nicht, dass damit auch schon vorgegeben war, in *welche* Richtung die Weichen politischen gestellt würden. Die Krise steigert oder weckt gar erst Veränderungsbestrebungen. Auf Seiten der Abhängigen, der primär von der Krise Betroffenen, die in den kapitalistischen Verhältnissen die Ursachen der Krise angelegt sehen, wachsen Hoffnung und Wille, die Verhältnisse in eine aus ihrer Sicht fortschrittliche Richtung zu verändern. Die Formel „Mehr Demokratie wagen“ – *nach* der ersten, die westdeutsche Gesellschaft emotional stark erregenden Rezession von 1967/68 formuliert – deutete die Qualität einer solchen Richtungsänderung an. Doch gerade die damit einhergehende Radikalisierung der „Bewegung der Abhängigen“ (Septemberstreiks 1968; Studentenunruhen) provozierte durch die Heftigkeit, mit der die kapitalistischen Verhältnisse angegriffen wurden, die Gegenreaktion. Die ökonomische Machtprominenz im weiten Sinn wandte sich vom sozialpartnerschaftlichen Konsens ab, radikalisierte ihrerseits den ideologischen, insbesondere auch wirtschaftsideologischen Kampf und versuchte letztlich erfolgreich, die weitere Entwicklung in die marktradikale Richtung zu lenken. Der Angriff auf die staatsinterventionistische Keynesische Theorie von Seiten des anti-etatistischen Monetarismus, die Neuorientierung der Zentralbankpolitik unter monetaristischem Einfluss, die Mobilisierung des konservativen Wirtschaftsliberalismus und ihr Zugriff auf die Medien (Aushebeln der gesellschaftlichen Kontrolle über die „Vierte Gewalt“ durch die Zulassung privatwirtschaftlicher elektronischer Medien) seien hier exemplarisch erwähnt<sup>5</sup>.

---

<sup>5</sup> Vgl. zu den regenerierenden Wirkungen von Protestbewegungen und radikalisierten Reform- bzw. Reformationsströmungen auf die gegnerische Seite, die jeweils angegriffene herrschende Schicht, die Darlegungen bei Theodor Geiger, *Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen* (1926), Nachdruck: Stuttgart 1967, S. 158.

Die *anhaltende* Wachstumskrise der vergangenen drei Jahrzehnte begünstigte dann mangels klarer Alternativen der „Linken“ die rückwärts orientierte Politik. Doch die Wirtschaftskrise allein erklärt längst nicht die wirtschaftsliberalistische Renaissance in Deutschland, sondern um die geschichtlichen Entwicklung tendenziell wieder ins Reaktionäre ausschlagen zu lassen, bedurfte es einer Vielzahl historischer „Zufallseinflüsse“, von denen der Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Sozialökonomien besonders herausragt. Insofern war und ist der aktuelle Aufstieg des Neoliberalismus´ nicht zwangsläufig, einer Quasi-Gesetzmäßigkeit geschuldet, sondern jenen unvorhersehbaren und deshalb wohl auch mangels wirkungsvoller Gegenpositionen durchgreifenden Begünstigungen, die der Regeneration des kapitalistischen Brutalismus´ zufielen. Kurz gesagt: Es hätte auch anders kommen können, – und es kann künftig anders werden.

### **I. 1 Deutschland war keine Hochburg des Liberalismus**

Die Entwicklung der Nationalökonomie in Deutschland wurde weder im 19. Jahrhundert noch danach bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 vom *Wirtschaftsliberalismus* dominiert. Im Gegenteil hob sich Deutschland im 19. Jahrhundert als Hort des „Staatssozialismus“ und der konservativen, dennoch fortschrittswirksamen Bismarckschen Sozialpolitik gegen die stärker vom Wirtschaftsliberalismus geprägten Länder (etwa Großbritannien und Frankreich) ab, und die Historische Schule der Nationalökonomie konnte ihre deutlich kritische Einstellung zum Wirtschaftsliberalismus bis weit in das 20. Jahrhundert hinein an den Hochschulen und in der breiten Öffentlichkeit vertreten. Auch der von Friedrich List propagierte Erziehungsprotektionismus und seine Betonung der nationalstaatlichen Wirtschaftsinteressen gegenüber der „kosmopolitischen“ Freihandelsdoktrin stellten weitaus einflussreichere Ideen für die nationalökonomische Tradition Deutschlands dar als der Wirtschaftsliberalismus. Ptak führt in seiner umfassenden Neoliberalismus-Monographie aus, dass erst zwischen Ende der 1920er und Beginn der 1950er Jahre eine „mehr oder weniger geschlossene(r) Theorie des ‚neuen‘ Liberalismus“ konzipiert wurde und die von Hayek und anderen Neoliberalen behauptete Kontinuität zwischen altem und neuem Liberalismus bloße Legendenbildung darstellt.<sup>6</sup> Eine wirtschaftsliberale Schule mit mäßiger Breitenwirkung entstand in Deutschland erst während des „Dritten Reiches“, bestimmte dann aber in wesentlichen Komponenten die Wirtschaftsordnung und –politik der Bundesrepublik, was vor dem Hintergrund der schwachen liberalistischen Tradition Deutschlands erstaunt und bisher keine allgemein überzeugende Erklärung gefunden hat.

Der *politische Liberalismus* trat in Deutschland ebenfalls deutlich hinter die anderen Strömungen – die konservativen und die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen – zurück und war stets in

---

<sup>6</sup> Ralf Ptak, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, S. 23.

Fraktionen zersplittert sowie stark nationalistisch orientiert. Auch dieser Sachverhalt erscheint zum Aufschwung des (Wirtschafts-)Liberalismus während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Widerspruch zu stehen. Was aus heutiger Sicht bei manchen Autoren als ein quasi unaufhaltsamer Durchmarsch neoliberalen Gedankengutes in der kapitalistischen Nachkriegsepoche Deutschlands erscheint, dürfte weniger den endogenen Bedingungen des Landes geschuldet, sondern durch die politischen Außeneinflüsse bestimmt worden sein – vor allem die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Einwirkungen der USA auf das westliche Nachkriegsdeutschland sowie die Katalysatorwirkung des Ost-West-Konfliktes. Es war bis zur Radikalisierung des Neoliberalismus seit den 1970er Jahren auch keineswegs klar vorhersehbar, dass sich die in den angelsächsischen Ländern anbahnende neoliberalistische Wende auch in der Bundesrepublik – jedenfalls tendenziell – nachvollziehen und zur Abkehr von der Sozialstaatlichkeit führen würde. Denn die Etablierung der „Sozialen Marktwirtschaft“, die zwar von neoliberalen Vordenkern entworfen wurde, brachte keineswegs eine lupenreine Umsetzung der neoliberalen Vorstellungen, sondern wurde eben stark sozialstaatlich modifiziert. Das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz trifft denn auch bis heute auf die Kritik der Neoliberalen und bildet altes sozialdemokratisches bzw. sozialistisches Gedankengut ab. Staatsinterventionistische Elemente und eine sowohl historisch als auch im internationalen Vergleich sehr fortschrittliche Sozial- und Beschäftigungspolitik führten zu vielfältigen Einschränkungen der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftsordnung nach 1949. Deshalb zeichnet, wie bereits bemerkt, eine retrospektive Deutung des neoliberalistischen Aufstiegs ein schiefes Bild, wenn sie die permanenten Versuche der Neoliberalen, den deutschen Sozialstaat auszuwaschen, als quasi von Anfang an absehbaren Siegeszug konstatiert.

## **I.2 Der Neoliberalismus ist eine deformierte Schrumpfform des Liberalismus**

Die Hauptmerkmale der heute unter der Bezeichnung „Neoliberalismus“ subsumierten Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung bedeuten eine extreme Verengung der originären liberalen Idee einer freien Gesellschaft, für die die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen unabdingbar ist. Somit stellt der Neoliberalismus der Gegenwart eine durch Verdrehungen und Auslassungen deformierte Schrumpfform des im 17. und 18. Jahrhundert gegen den Feudalismus gerichteten Liberalismus dar<sup>7</sup>. Es gibt – Deutschland bildet hierin keinen Einzelfall – auch keine „libera-

---

<sup>7</sup> „Für den Bestand der marktwirtschaftlichen Kernelemente Privateigentum, Leistungswettbewerb und freies Unternehmertum waren die frühen Ordoliberalen bereit, zentrale Elemente der liberalen Weltanschauung einer fundamentalen Revision zu unterziehen.“ (Ptak, 2004, 106) Die opportunistische Revision liberaler Ideen zugunsten der Stabilisierung der wirtschaftsliberalistischen Kernwerte, nämlich die „freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjektes über das Privateigentum und die staatlich-rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung“ hatte Herbert Marcuse bereits 1934 herausgestellt (Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Otto Bauer/Herbert Marcuse/Arthur Rosenberg u. a., Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, neu hg. v. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M; Wien 1967, S. 44), und Theodor Geiger hatte wenige Jahre zuvor in seiner soziologischen Untersuchung der Masse bemerkt: „... das Bürgertum selbst als herrschende Schicht legt ... auf die Staatsform nur geringen Wert, während es einer Umformung der Wirtschaft größten Widerstand entgegengesetzt und jede Umgestaltung der Staatsform

le“ Partei mehr, sondern man/frau nennt sich „Freie“ Demokratische Partei, was auf die Distanzierung zum umfassenden liberalen Erbe verweist,<sup>8</sup> das nicht von dem engen wirtschaftsliberalistischen bzw. freihändlerischen Laisser-faire-Konzept ausgefüllt wird. Die ideengeschichtliche wie die realhistorische Sicht auf den Liberalismus lässt keine klar umrissene, gar einheitliche Kontur erkennen, sondern schon früh – seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts – beanspruchten deutlich unterscheidbare politische Gruppierungen, liberale Positionen zu vertreten. Ob dies als Zersplitterung oder als pluralistische Vielfalt beurteilt wird, ist nebensächlich. Wichtig jedoch ist es festzuhalten, dass von einer einheitlichen liberalen Schule nicht gesprochen werden kann.<sup>9</sup> Dies trifft auf die Entwicklung des Liberalismus in Deutschland in besonderer Deutlichkeit zu, wo sich eine enge Verbindung von Liberalismus und Nationalismus ergab, die in ihrer sozialliberalen Richtung Anschluss an und Gemeinsamkeit mit der Sozialdemokratie suchte<sup>10</sup>, aber auch – personifiziert in Friedrich Naumann – imperialistische Positionen vertrat und dem Antisemitismus zuneigte.<sup>11</sup> Die relative Vieldeutigkeit und politische Differenziertheit des Liberalismus hat denn auch zu unterschiedlichen in der Literatur vorfindbaren Typisierungsversuchen des Liberalismus geführt – beispielsweise zu der Unterscheidung in gouvernementalen, freihändlerischen und sozialen Liberalismus oder „geistig-politischer“ und „wirtschaftlicher Liberalismus“<sup>12</sup> oder konservativen, anarchistischen und sozialistischen Liberalismus.<sup>13</sup> Das revolutionäre Anliegen des originären politischen Liberalismus, seine radikale Betonung des Gleichheitsprinzips (u. a. völlige Beseitigung des Erbrechts), findet sich im frühen Wirtschaftsliberalismus nur noch abgeschwächt und wird vom heutigen Neoliberalismus faktisch verworfen. Der gegenwärtige Neoliberalismus amalgamierte vielmehr mit konservativen Vorstellungen, wobei gerade die reaktionären Momente besonders hervortreten. Aus der Ideologie des revoltierenden Bürgertums

---

*dulden wird, wenn es dadurch die Erhaltung der wirtschaftlichen Gestalten (= Produktionsverhältnisse; KGZ) retten kann oder wenigstens nicht direkt bedroht sieht.*“ Siehe Geiger, 1967, S. 61.

<sup>8</sup> „Die liberale repräsentative Demokratie, die zugleich ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat sein soll, ist das politische Credo des Liberalismus bis heute in einem Lande, in dessen politischer Entwicklung sich der Liberalismus über der Frage der Zustimmung zur Demokratie lange immer wieder aufs neue gespalten hat, das Wort 'liberal' aus den Parteinamen längst verschwunden ist, aber die Notwendigkeit liberalen Denkens und Handelns, nicht zuletzt auch gegen andere Sinndeutungen und Praktiken der Demokratie, gesehen und betont wird.“ Siehe Rudolf Vierhaus, Liberalismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Hg., Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 785.

<sup>9</sup> H. Dräger, Liberalismus. IV. Der Liberalismus in ideengeschichtlicher Betrachtung. Teil 2, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer, Hg., Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5, Basel 1980, Sp. 265-272; R. K. Hoerger, Liberalismus. III. Die Geschichte des L. als politische Bewegung, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer, Hg., Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5, Basel 1980, Sp. 261-264.

<sup>10</sup> Vierhaus, 1982, 778 ff.

<sup>11</sup> Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1945, Frankfurt/M 1984, S. 181 ff.

<sup>12</sup> Wilhelm Röpke, Die Ordnung der Wirtschaft, Frankfurt/M 1948, S. 13 ff.; Wilhelm Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, 7. A., Erlenbach; Zürich; Stuttgart 1954, S. 296.

<sup>13</sup> Raymond Boudon/ François Bourricaud, Liberalismus, in: dieselben, Soziologische Stichworte. Ein Handbuch, Opladen 1992, S. 294.

wurde die Ideologie der neuen herrschenden Klasse der Kapitaleigner. Die gegenwärtigen Spaltungsprozesse in den kapitalistischen Gesellschaften, die extreme Divergenz zwischen Arm und Reich, die Überlagerung der politischen durch die ökonomische Macht und die Kommodifizierung aller Lebensbereiche sind Wesenserscheinungen des *uneingeschränkten* Wirtschaftsliberalismus, also des marktradikalen „freien“ Kapitalismus'. Dies festzustellen, ist selbstverständlich redundant und für alle, die mit Marx' Werk vertraut sind, banal. Doch auch von eher konservativen Positionen aus wurde die für die Gesellschaft zerstörende Potenz des Wirtschaftsliberalismus synchron zur Marxschen Kapitalismusanalyse erkannt, und ein Zitat aus dem „in Verbindung mit deutschen Gelehrten und Staatsmännern“ herausgegebenen „Staats- und Gesellschaftslexikon“ von 1863 sei hier nicht zur quasi anekdotischen Auflockerung angeführt, sondern als ein Beleg für die kritische Betrachtung des Wirtschaftsliberalismus' in weiten Teilen der deutschen Staatswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts:

*„Anstatt von einem inhaltvollen Freiheitsbegriff auszugehen, beschränkt sich der Liberalismus auf die Negation und wird dadurch zu einer vorzugsweise zersetzenden Kraft. Die Freiheit ist ihm nur die Losgebundenheit von den dem individuellen Belieben entgegenstehenden Schranken und indem er, von der Personalität ausgehend, Alles auf das Individuum bezieht, muß die Freiheit, welche er anzustreben behauptet, schließlich in eine allgemeine Herrschaft der Interessen auslaufen. Der Liberalismus, welcher sich auf kirchlichem Gebiet als Rationalismus ..., auf ökonomischem als Handels- und Gewerbefreiheit manifestiert, ist auf dem politischen dem Constitutionalismus nahe verwandt, ohne mit diesem zusammen zu fallen. In sofern nämlich der Liberalismus auch den Staat nur als ein Product der Individuen auffasst, nur um dieser willen vorhanden, erscheint er ihm als ein nothwendiges Uebel, welches den individuellen Bestrebungen den möglichsten Schutz zu gewähren, gegen welches er aber andererseits sich selbst zu schützen habe. Einen solchen Schutz sucht er in Verfassungen, mit ihren 'Garantien der Freiheit' wie der Constitutionalismus. Aber bei der Leerheit seines Freiheitsbegriffs steht der Liberalismus mit keiner Staatsform im Widerspruch und wir haben nicht bloß in Deutschland gesehen, dass die am meisten rücksichtslos zugreifenden und mit Recht und Verfassung willkürlich umspringenden Fürsten als liberal und aufgeklärt gepriesen wurden; dieselbe Bezeichnung war seiner Zeit der Minister-Allgewalt in Spanien und Portugal bewilligt, und der Imperialismus in Frankreich beruft sich heut noch auf seine Mission, die liberalen Ideen von 1789 zu verwirklichen. Kann man aber sagen, dass der L. sich mit jeder Staatsform vertragen könne, weil jede Regierungsgewalt im Stande ist, die das Individuum beengenden Schranken hinwegzuräumen, so ist doch gewiß, dass er zur Demokratie und von dieser zum Imperialismus führen muß. ... da aber das Individuum, auf sich selbst gestellt, nur sein Interesse im Auge hat, das Interesse des Einzelnen durch die Demokratie aber am meisten gefährdet wird, so muß schließlich immer ein Kampf der Besitzenden mit den Besitzlosen entstehen, welcher durch die Waffen entschieden wird und dem glücklichsten Krieger als 'Retter der Gesellschaft' auf den Thron hilft. So schlägt der L., welcher von der Freiheit des Einzelnen ausgeht, in sein Gegenteil um, d. h. in die Willkürherrschaft des Einzelnen über alle. Wenn dies die natürliche und durch die Geschichte bestätigte Folge der zersetzenden Kraft des L. ist, so führt derselbe auf ökonomischen Gebieten zu einem ähnlichen Resultat. Indem er nämlich auch hier alle Verbindung löst und die Beweglichkeit zum Prinzip alles Erwerbs und Besitzes macht, muß er den beweglichsten Besitz – den Geldbesitz – am meisten fördern und die Geldherrschaft, die ekelste von allen, wird das Individuum dem Capital unterwerfen. Ueberall ist mit dem L. zugleich 'die Bestie des materiellen Interesses', die Geldmacherei eingeführt worden, welche in der Börse ihren Cultus findet. Hier vereinigt sich, wie Constant. Frantz in seiner 'Geschichte aller Parteien' sagt, Alles, was es für die liberale Gesellschaft Hobes und Heiliges giebt. Da ist nicht der Altar des unbekanntten Gottes, den Paulus in Athen fand, sondern der nun glücklich bekannt gewordene und offenbare Gott selbst, strahlend im Glanz der edlen Metalle rund um die Welt.'<sup>14</sup>*

<sup>14</sup> Liberalismus in: Herrmann Wagener, Hg., Staats- und Gesellschafts-Lexikon, Bd. 12, Berlin 1863, S.279 f.

Hier kann selbstverständlich nicht der historische Prozess der Umkehr des Liberalismus von einer revolutionären zur reaktionären, tendenziell autoritären und zur Demokratie konterrevolutionären Ideologie<sup>15</sup> nachgezeichnet werden, aber eingedenk der progressiven Funktion, die der Liberalismus als ideologische Grundlage der bürgerlichen Revolution(en) einnahm und der in ihren historischen Wurzeln engen Verflechtung von Liberalismus und Sozialismus sollte doch bewusst bleiben, dass der aktuelle Neoliberalismus keineswegs als legitimer Erbe der Freiheitsidee des historischen Liberalismus zu verstehen ist, sondern als eine quasi pathologische Bewältigungsreaktion auf die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert sichtbare Krise der wirtschaftsliberalistischen Ideologie – einer Krise, die sich mit dem Ersten Weltkrieg weiter verschärfte und schließlich in der Weltwirtschaftskrise zum – nur scheinbar endgültigen – Zusammenbruch der Ideologie führte. Doch gerade nach 1918, als der Liberalismus, insbesondere auch die wirtschaftsliberalistische Doktrin auf breiter Front ihr Ansehen verloren hatte, erlebte der Begriff „Liberalismus“ eine stärkere Popularität. Rudolf Walther bemerkt hierzu:

*„So erscheint der Begriff im Augenblick seiner späten Durchsetzung in der Fachwelt unter theoriegeschichtlichen Gesichtspunkten als ein Anachronismus, unter praktisch-politischen als ein unscharfer Tendenz- oder Parteibegriff.“ Und: „Schließlich muß festgehalten werden, dass sich der Begriff 'Liberalismus' für eine Wirtschaftstheorie und -politik erst durchzusetzen begann, als eine dem Terminus vernünftigerweise zuzuordnende Theorie in der Nationalökonomie nur noch eine marginale, in der wirtschaftspolitischen Praxis gar keine Rolle mehr spielte.“<sup>16</sup>*

Bereits während des 19. Jahrhunderts hatte der Liberalismus mehr und mehr seinen weiten politischen Emanzipationsgehalt abgestreift und war vom inzwischen etablierten Kapitalismus auf die Legitimationsdimension für die neue herrschende Klasse zurechtgestutzt worden. Vom originären Liberalismus überdauerte eine auf das neue Klasseninteresse zugeschnittene wirtschaftsliberalistische Version. Die geschichtliche Kompromittierung des Wirtschaftsliberalismus' in den 1920er und 1930er Jahren brachte jedoch gerade nicht das historische Ende dieser Ideologie. Vielmehr erlebte sie mit der zweiten Weltwirtschaftskrise des zwanzigsten Jahrhunderts, also seit Mitte der 1970er Jahre, einen zuvor unerwarteten und bis heute keineswegs in seinen Ursachen und Erfolgsbedingungen voll verstandenen Wiederaufstieg. Die Mehrzahl der kritischen Analysen zum Neoliberalismus bleiben denn auch vorwiegend deskriptiv und geben keine befriedigende, gar allgemein akzeptierte Ursachendeutung, wie es nach einer fast drei Jahrzehnte währenden sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Modifizierung des Kapitalismus von Mitte der 1970er Jahre an

<sup>15</sup> Luciano Canfora, 2006, Luciano, Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union, Köln 2006, S. 81 ff. passim.

<sup>16</sup> Rudolf Walther, Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Hg., Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 810 f.

zu der heftigen „Regression“, um einen psychoanalytischen Begriff zu verwenden, in der sozial-ökonomischen Entwicklung kommen konnte<sup>17</sup>.

## **II. Deutscher Neoliberalismus – Reaktion auf die kapitalistische Katastrophe der Großen Depression**

### **II.1 Nationale Differenzierungen der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftslehre**

Der Neoliberalismus stieg in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten zur herrschenden Wirtschaftsideologie der hoch entwickelten, westlichen Länder auf. Er versteht sich als „rational“ im Sinn ausschließlicher Richtigkeit, wobei Rationalität auf den ökonomischen Maximierungskalkül verengt wurde. Vernunft im Sinn diskursiver Suche nach Zustimmungsfähigkeit, moralischer Billigkeit und Interessenausgleich spielt gerade keine Rolle in dem imperialistisch auftretenden (ökonomischen) Rationalitätsanspruch.<sup>18</sup>

Die spezifische Form, die die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den vergangenen drei Jahrzehnten angenommen haben und die als „Globalisierung“ bezeichnet wird, diente dem neoliberalistischen Gedanken zwar als Vehikel seiner Ausbreitung, aber dabei darf nicht übersehen werden, dass die Globalisierung selbst erst als ein Produkt neoliberalistischer Politik möglich wurde. Ohne den zwingenden Einfluss der angelsächsischen Länder auf die Welt(wirtschafts)politik und die vor allem von den USA gestützte Organisation der Ideologieverbreitung – einschließlich der strategischen Einwirkung auf die sozialökonomische Wissenschaftsaktivitäten<sup>19</sup> - hätte die neoliberalistische Offensive nicht, jedenfalls nicht in dem faktisch erreichten Umfang erfolgreich sein können. Die Dominanz der neoliberalen geistig-moralischen Wende in der westlichen Welt steht außer Frage, aber die Rezeption des Neoliberalismus in den einzelnen Ländern und die politische Umsetzung zeigen nationale Unterschiede. Am deutlichsten hebt sich das skandinavische bzw. nordische Modell gegen die anderen OECD-Länder ab. Solche Unterschiede lassen sich nur mit Rückgriff auf die längere historische Entwicklung der einzelnen Gesellschaften und die im geschichtlichen Prozess jeweils verschieden verlaufende Ausbildung

---

<sup>17</sup> Wenn hier von „Regression“ gesprochen wird, so ist das keine rein metaphorische Formulierung, sondern wir beziehen uns auf Erdheims ethnopschoanalytische Theorie, die die „pathologische“ Reaktion einer durch Krise und potentielle Revolution bedrohte Herrschaftsklasse als Regression interpretiert. Vgl. Mario Erdheim, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozeß, Frankfurt/M 1984, S. 197 f.

<sup>18</sup> Ausführlich hierzu: Serge Latouche, Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft (2001), Zürich; Berlin 2004.

<sup>19</sup> Bernhard Walpen, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Gesellschaft, Hamburg 2004 (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1).



„nationaler Mentalitäten“ verständlich machen.<sup>20</sup> Die schon lange vor Beginn der neuen neoliberalistischen Phase vorhandenen Unterschiede in den wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen zeugen von diesen interkulturellen Differenzen<sup>21</sup>. Ideologien müssen entsprechend den nationalen Besonderheiten, zu denen auch die Mentalitäten gehören, jeweils mehr oder weniger stark modifiziert werden, was im konkreten Fall des gegenwärtigen Neoliberalismus sozusagen zu gebrochenen Rezeptionen führt. Vor diesem Hintergrund erst ergibt es Sinn, von einer *deutschen* Version des Neoliberalismus zu reden – im Unterschied zum Neoliberalismus in Deutschland – und nach den (historischen, kulturellen bzw. mentalen) Dispositionen zu suchen, die diese Besonderheiten erklären (könnten).

## II.2 Deutscher Neoliberalismus nach 1945 – Profiteur, nicht Verursacher der kapitalistischen Restauration

Von heute aus betrachtet erscheint die Entwicklung des Neoliberalismus rückblickend als ein relativ kontinuierlicher Prozess der Durchsetzung eines seit den 1930er Jahren konzipierten Neuansatzes wirtschaftsliberaler Programmatik. Die sehr umfassenden Studien von Ptak und Walpen zur theoretischen und politischen Geschichte des Neoliberalismus liefern für diese Sichtweise eine Fülle von Plausibilitätsbelegen. Dennoch bleibt die Frage, ob der gegenwärtige Erfolg der neoliberalistischen Ideologie auch nur vorwiegend auf die strategische Durchsetzungsenergie dieser über Jahrzehnte hinweg eher als nationalökonomische Sekte einzuordnenden Schule zurückzuführen ist und nicht ganz andere Faktoren für ihren Aufstieg zur herrschenden Lehre maßgebend waren und sind.

Im westlichen Nachkriegsdeutschland wurde der Begriff 'Neoliberalismus' als zusammenfassender, wenn auch vager Oberbegriff für den die wettbewerbspolitische Rahmensetzung prononcierenden Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule und die den sozial- und beschäftigungspolitischen Interventionismus mit der Marktkoordination synthetisierende „Soziale Marktwirtschaft“<sup>22</sup> geläufig. In den ersten Jahren nach Kriegsende schien die politische und ökonomische Entwicklung in (West-) Deutschland durch einen deutlichen Antikapitalismus bestimmt zu werden, so dass die „endogene“ politische Tendenz in Deutschland eher für die Abkehr von der wirtschafts-

---

<sup>20</sup> K(urt) Lenk, 1969, Mentalität, in: Wilhelm Bernsdorf, Hg., Wörterbuch der Soziologie, 2. A., Stuttgart 1969, S. 689-691M; Kurt Lenk, Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik, 2. A., Lüneburg 1986, S.291 ff.; Karl Georg Zinn, Kulturelle Unterschiede als Einflußgröße auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln – zu den nationalen Differenzen in der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit, in: Alexander Grasse/Carmen Ludwig/Berthold Dietz, Hg., Soziale Gerechtigkeit. Reformpolitik am Scheideweg. Festschrift für Dieter Eißel zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2006, S. 243-256.

<sup>21</sup> Gösta Esping-Andersen, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

<sup>22</sup> Alfred Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft (1946), in: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg/B. 1966, S. 19-170.

liberalistischen und d. h. kapitalorientierten Ideologie sprach<sup>23</sup>, was sich u. a. in einigen westdeutschen Länderverfassungen dokumentiert, die noch vor Verabschiedung des Grundgesetzes in Kraft getreten waren. Beispielsweise sah die Hessische Landesverfassung weitgehende Sozialisierungsmöglichkeiten vor und legte das Aussperrungsverbot fest. Auch wurden unter dem Einfluss der Alliierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die politischen und höheren administrativen Stellen nach Möglichkeit nicht mit nationalsozialistisch vorbelasteten Personen besetzt (beispielhaft etwa die führende Rolle von Widerstandskämpfern beim politischen Wiederaufbau in Hessen<sup>24</sup>), was allerdings nicht verhinderte, dass damalige „Wendehälse“ (prototypisch: Ludwig Erhard) aus „fachlichen“ (zutreffender: ideologischen) Gründen von den Alliierten, vor allem den USA, für die Restauration einer kapitalistischen Marktwirtschaft instrumentalisiert wurden. Es versteht sich, dass die an der Restauration interessierten Gruppierungen und Schichten in Deutschland solche Aufgaben nur zu gerne übernahmen.<sup>25</sup> Der deutschen Öffentlichkeit wurde die Wirtschaftsbelebung nicht nur als *ein* „Wirtschaftswunder“ dargestellt, sondern die Wunderlegende wurde als *deutsches Wirtschaftswunder* popularisiert, was für die Identifikation der Bevölkerung mit dem regenerierten Kapitalismus entscheidende psychologische Bedeutung hatte.

Die vorstehende Frage nach den (möglichen) Ursachen für den Nachkriegseinfluss und die marktradikale Wende des Neoliberalismus in der jüngeren Vergangenheit verdient, noch etwas eingehender erörtert zu werden. Wie dargelegt, gibt es keine weit zurück reichende, gar in die Breite der Gesellschaft wirkende deutsche Tradition des Liberalismus. Die Neoliberalen stellten weder in der Wirtschaftspolitik noch an den akademischen Ausbildungsstätten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine Mehrheit dar. Auf welche Weise vermochten sie dann aber derart einflussreich zu werden, dass in der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, der „sozialen Marktwirtschaft“, wesentliche Komponenten ihres Programms installiert wurden und die eindeutig kapitalismuskritische Mehrheitseinstellung in der unmittelbaren Nachkriegszeit<sup>26</sup> überspielt werden konnte? Die Nachkriegsentwicklung stand, wie schon ausgeführt, politisch und wirtschaftlich unter dem Einfluss der Westalliierten. Insbesondere achteten die USA darauf, dass die Regeneration einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht an den kapitalismuskritischen Kräften in Westdeutschland scheiterte. Die Einflussnahme auf das Grundgesetz und auf die wirtschaftspolitische Weichenstellung unter dem von den Alliierten protegierten Ludwig Erhard durch die USA be-

---

<sup>23</sup> Autorenkollektiv: Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker/Burkhard Scherer/Friedrich-Karl Schlotmann/Marianne Welteke, *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 – 1949*, Frankfurt/M 1972; Hoffmann, 2006.

<sup>24</sup> Vgl. Axel Ulrich, *Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet*, Wiesbaden 2005, 230 ff.

<sup>25</sup> In manchen Fällen konnten sich deutsche Interessengruppen auch erfolgreich gegen reformpolitische Vorhaben der Alliierten wehren. So wurde etwa der Versuch der englischen Besatzungsmacht (damals war eine Labour-Regierung im Amt), in Westdeutschland ein staatliches Gesundheitssystem nach englischem Muster einzuführen, abgewiesen. – Den Hinweis hierauf verdanke ich Cornelia Heintze.

<sup>26</sup> Autorenkollektiv, 1972; Karl Georg Zinn, *Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung*, Mannheim; Leipzig; Wien; Zürich 1992.

wirkten, dass sich die politische Willensbildung auch in Westdeutschland unter stärkster Gängelung durch die Besatzungsmacht vollzog, also nicht als frei im Sinne einer von der Bevölkerung in eigenständiger Willensbildung geschaffenen Neuordnung gelten kann<sup>27</sup>. Ohne diese „externe“ Unterstützung hätte sich der deutsche Neoliberalismus nicht zu der ökonomischen Leitideologie der Bundesrepublik aufschwingen können. Die „endogene“ Bewusstseinslage im Nachkriegsdeutschland war dem Kapitalismus und der kapitalistischen Ideologie eher feindlich gesinnt. Die „publizistische Offensive“ des Neoliberalismus<sup>28</sup> und die über Beziehungsnetze, die bereits vor 1945 über Anfänge hinaus gekommen waren<sup>29</sup>, verlaufende Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, sozialökonomische Institutionen sowie Medien und Wissenschaft hätten allein, d. h. ohne die zwingenden Richtungsvorgaben der alliierten Mächte wohl weder hinreichende Überzeugungskraft gegen die antikapitalistische Grundstimmung nach 1945 erreicht, noch die personalen Zugriffsmöglichkeiten auf politische und administrative Schaltstellen errungen, die dann wesentliche Bedingungen für die Durchsetzungsfähigkeit des Neoliberalismus schufen. Doch auch diese „besatzungspolitische“ Erklärung reicht nicht allzu weit, denn sie lässt sich nicht mehr auf die neoliberalistische Radikalisierung während der vergangenen dreißig Jahre, nach Beginn der anhaltenden Wachstumskrise des Kapitalismus, ausdehnen. Die jüngere Entwicklung wird nicht ohne Aufhellung der mentalen Konstellationen Deutschlands und die daraus ableitbare Bereitschaft, sich von antikommunistischen Ressentiments einerseits und der Anbiederung<sup>30</sup> an die USA als Hegemonialmacht andererseits leiten zu lassen, verständlich gemacht werden können.

### II.3 Kontinuitäten aus der NS-Zeit

Mit Beginn der Bundesrepublik kam es zu einer weit reichenden Reintegration nicht nur der nationalsozialistischen Mitläufer und kleinen Handlanger, sondern karrierebewusste Opportunisten und aktive NSDAP-Mitglieder rückten in führende Positionen auf, setzten ihre in der Nazizeit begonnene Laufbahn fort, und dies gilt auch für einen großen Teil der deutschen Universitätsökonomien der Nachkriegszeit einschließlich prominenter „Neoliberaler“<sup>31</sup>. Die neoliberale Schu-

---

<sup>27</sup> Ptak, 2004, S. 234 ff., 295 ff.

<sup>28</sup> Ptak, 2004, S. 295.

<sup>29</sup> Marc Engels, Die „Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes“. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Aachener wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. 2006, i. D.

<sup>30</sup> Die im Vergleich zu seinen Nachbarländern in Deutschland so auffällige Verbreitung von Anglizismen und das peinlich beflissene Bemühen, auch noch vermeintlich originelle „deutsche“ Anglizismen zu „innovieren“ (beispielsweise werden in den Verkehrsmeldungen des Bayerischen Rundfunks die Kfz-Fahrer als „Bayern-Driver“ angesprochen), erinnert an die mimetischen Verrenkungen der hinterwäldlerischen Statusunsicherheit im „Globalen Dorf“, an das krampfhaftes Bemühen, dazugehören zu dürfen, und könnte – etwa aus ausländischer Perspektive. – als Symptom eines (nur ?) latenten Minderwertigkeitskomplexes gedeutet werden, der sich bekanntlich gern im Angebergehabe exhibitioniert. Vgl. hierzu verschiedene Beiträge in: Klaus Stierstofer, Hg., Deutschlandbilder im Spiegel anderer Nationen. Literatur, Presse, Film, Funk, Fernsehen, Reinbek 2003.

<sup>31</sup> Vgl. Ptak, 2004; Engels, 2006.

le bot vielen Ex-Nazis einen opportunen ideologischen Zufluchtsort. Sie konnten sich dort als freiheitsliebende Demokraten und prokapitalistische Antifaschisten einrichten. Dies umso mehr, als die neoliberale Schule auch Verfolgte und vom NS-Regime in die Emigration getriebene Wissenschaftler (etwa Wilhelm Röpke) zu den Ihren zählte. Das Konzept des deutschen Neoliberalismus – und das gilt für die Freiburger Ordo-Schule wie für Müller-Armacks interventionistische Marktwirtschaft – wurde bereits während der dreißiger und frühen vierziger Jahre entworfen. Es ist weder das Produkt einer vermeintlichen „Stunde Null“ nach der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands, noch wurde es quasi im Stillen Kämmerlein und in innerer Emigration erarbeitet, wie es in Selbstdarstellungen ehemaliger NS-Zuläufer unter den Neoliberalen nahe gelegt wird. Vielmehr bestand seitens vieler Neoliberaler die Erwartung, dass nach Kriegsende der starke nationalsozialistische Staat im Interesse eines wachstumsträchtigen Kapitalismus dem neoliberalen Gedankengebäude zur Realisierung verhelfen würde<sup>32</sup>. Solche Erwartungen des „autoritären Liberalismus“<sup>33</sup> waren keineswegs abwegig, denn das NS-Regime folgte weder einer bestimmten wirtschaftstheoretischen Vorgabe, noch bestanden in seiner Führungsschicht bestimmte Präferenzen für oder gegen traditionelle nationalökonomische Schulmeinungen, sondern es ging um pragmatische Lösungen anstehender Aufgaben. Gefordert war von der Wissenschaft Regimeloyalität, aber das stand der erstaunlich differenzierten Weite der nationalökonomischen Auffassungen und der Konkurrenz dieser ökonomischen Sichtweisen offenbar nicht entgegen<sup>34</sup>. Etliche prominente Ökonomen der Nachkriegsära hatten sich während der Nazi-Zeit als aktive Unterstützer des Regimes betätigt; – ob aus Überzeugung oder „nur“ aus Opportunismus bleibe dahin gestellt.<sup>35</sup>

Der Wirtschaftsliberalismus verträgt sich mit völlig unterschiedlichen politischen Systemen und ist keineswegs auf demokratische Verhältnisse (i. S. des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Unterschied zum Zensuswahlrecht der „Demokratien“ im 19. Jahrhundert) angelegt oder gar angewiesen; eine keineswegs junge Einschätzung, wie anhand des Zitats aus dem „Staats- und Gesellschaftslexikon“ von 1863 belegt wurde. Vielmehr ist dem wirtschaftsliberalistischen Freiheitsverständnis vollauf Genüge getan, wenn das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln gesichert und die arbeitende Bevölkerung prinzipiell auf die Funktion von warengleichen Produktionsfaktoren beschränkt wird. Politisch zeigt sich der Wirtschaftsliberalismus als opportunistisch, und rein opportunistisch sind auch alle seine Bekenntnisse zu Demokratie und Rechts-

---

<sup>32</sup> Ausführlich hierzu Ptak, 2004.

<sup>33</sup> Dieter Haselbach, *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden 1991.

<sup>34</sup> Vgl. Engels, 2006; Ptak, 2004, 68 ff.

<sup>35</sup> „Es bleibt festzuhalten, dass Erhard, Müller-Armack und Miksch, die nach 1945 in herausragenden Positionen für die Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft sorgten, keine Widerstandskämpfer waren. Vielmehr kooperierten sie als Wissenschaftler bzw. als Publizisten mit dem NS-System, in einigen Bereichen wurde daraus sogar eine aktive Unterstützung der Regierungspolitik“. Siehe Ptak, 2004, S. 89.

staat. Es gab weder Skrupel noch systembedingte Hindernisse, das neoliberalistische Konzept in der chilenischen Militärdiktatur zu installieren, noch respektiert der Neoliberalismus prinzipiell humane und völkerrechtliche Grenzen<sup>36</sup>. Das heißt nicht, dass alle Einzelnen, die neoliberalistische Positionen vertreten, gegenüber Demokratie und Menschenrechten indifferent wären, aber als ökonomische, prokapitalistische Ideologie trifft dieses pauschale Urteil über den Neoliberalismus zu. Gerade seine politische Chamäleon-Natur verhilft ihm zu jener ausgreifenden Akzeptanz bei recht unterschiedlichen politischen Systemen, soweit diese dem Kapitalismus Vorrang geben.

Der *politische* Liberalismus ist hingegen keineswegs derart neutral und opportunistisch gegenüber Staatsformen, sondern kann wohl nur in einer „echten“ Demokratie seine humanen Grundwerte realisieren. In diesem Sinn konstatierte Benedetto Croce, der (politische) Liberalismus vertrage sich mit jedem *Wirtschaftssystem*, also auch mit einer Plan- oder Verwaltungswirtschaft, sofern die Freiheit des Geistes, Kritik und Fortschritt gewährleistet wären<sup>37</sup>. Aus dieser Sicht besteht somit kein Widerspruch zwischen Liberalismus und Sozialismus wohl aber zwischen politischem Liberalismus und dem tendenziell das Manchestermodell restaurierenden Kapitalismus der Gegenwart. Da der Neoliberalismus gerade diese historische Regression ideologisch absichert, kann er als anti-liberal charakterisiert werden. Das ist nicht als semantische Wortspielerei gemeint, sondern soll verdeutlichen, wie groß der Abstand zwischen heutigem Neoliberalismus und der revolutionären Ausgangsversion des Liberalismus ausfällt, dass der Abkömmling seiner Herkunft Schande macht.

#### II.4 Theoriegeschichte und Hauptmerkmale des Neoliberalismus in Deutschland

Wie bereits bemerkt wurde, stellt der deutsche Neoliberalismus keine Fortsetzung einer liberalistischen Tradition der deutschen Nationalökonomie des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, sondern entstand als eine eigenständige Neufassung wirtschaftsliberalistischen Denkens. Die als die „Gründungstexte“ geltenden beiden Arbeiten von Walter Eucken und Alexander Rüstow datieren denn auch von 1932, als die Große Depression in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte<sup>38</sup>. Ergänzend werden aber auch Hans Gestrich, Alfred Müller-Armack und Wilhlem Röppe als „Gründerväter“ genannt<sup>39</sup>. Der gemeinsame Tenor betont die Abkehr von einem selbstzerstörerischen Laissez faire, die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik als interessengeleiteten, punktuellen Interventionismus sowie die Forderung nach staatlichen Regelungen

---

<sup>36</sup> Vgl. ausführlich Ulrich Duchrow/Reinhold Bianchi/René Krüger/Vincenzo Petracca, *Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung*, Hamburg 2006.

<sup>37</sup> Vgl. Dräger, 1980, Sp. 271.

<sup>38</sup> Walter Eucken, *Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 36, 1932, H 2, S. 297-321; Alexander Rüstow, *Interessenpolitik oder Staatspolitik*, in: *Der deutsche Volkswirt*, Jg. 7, 1932, H 6, S.169-172.

zugunsten der Wettbewerbssicherung und der funktionsfähigen Marktkoordination. Gerade in diesem wettbewerbspolitischen Credo, das zweifelsfrei leitend gewesen ist für die Kartellgesetzgebung der Bundesrepublik, besteht ein keineswegs zu bagatellisierender Unterschied zwischen den älteren deutschen Neo- bzw. Ordoliberalen einerseits und den gegenüber Konzentration und Monopolbildung aufgeschlossen bis aktiv begünstigend eingestellten Neoliberalen der Gegenwart. Euckens Warnung vor der politischen Machtergreifung durch wirtschaftliche „Monopole“<sup>40</sup> fügt sich eher in die kritische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als in die des Neo-Laisser-faire. Solche Unterschiede sollten nicht übergangen werden. Die deutschen Ordoliberalen sahen den Staat als neutralen Sachwalter der kapitalistischen Wettbewerbsordnung, der sich somit von den zu Kompromissen und wirtschaftspolitischen „Experimenten“ (Eucken) drängenden Einflüssen der parlamentarischen Demokratie frei halten müsste. Ptak deutet diese Haltung als eine zunehmende Distanzierung des aufkommenden Neo- bzw. Ordoliberalismus von den demokratischen Prozessen; eine kritische Interpretation des Wirtschaftsliberalismus, die ja bereits schon viel früher zu vernehmen war (vgl. obiges Zitat von Wagner, 1863). Diese Kritik trifft u. E. auf den Ordo-Liberalismus weit weniger zu als auf den alten und den neuen marktradikalen Wirtschaftsliberalismus, d. h. eine stärkere Differenzierung zwischen wirtschaftsliberalen Strömungen ist geboten.

*„Gerade in den Anfängen zeigt sich deutlich, dass der sich formierende Ordoliberalismus die Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie als Ausdruck unterschiedlicher Interessenlagen und ökonomischer Machtstellungen nicht zu akzeptieren bereit war.“<sup>41</sup> Und: „Die späteren führenden Köpfe der Ordoliberalen standen am Ende der Weimarer Republik auf der Seite derjenigen, die in einer Beschränkung der parlamentarischen Demokratie die unbedingte Voraussetzung zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise sahen.“<sup>42</sup>*

Die Große Depression als Anlass für den neoliberalistischen Aufbruch wurde nicht als Krise des Kapitalismus gesehen und analysiert, sondern als Folge verfehlter Wirtschaftspolitik der Weimarer Regierungen und des Fehlens einer der kapitalistischen Marktwirtschaft adäquaten Rahmensezung; es ging also um eine neue bzw. die „richtige“ Ordnung des marktwirtschaftlichen Kapitalismus. Die weitere Ausarbeitung des deutschen Neoliberalismus bzw. des Ordo-Liberalismus in den 1930er Jahren sowie nach Kriegsbeginn lässt, wie Ptak ausführt<sup>43</sup>, fünf Schwerpunkte erkennen:

1. Aggressive Kritik am „Kollektivismus“, der nicht nur an der Sowjetunion dingfest gemacht wird, sondern auch an den in Westeuropa und in den USA (New Deal) propagierten staatsinterventionistischen und wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen. Insbesondere richtete der

<sup>39</sup> Vgl. Ptak, 2004, 24 f.

<sup>40</sup> Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. A., Tübingen; Zürich 1955.

<sup>41</sup> Siehe Ptak, 2004, S. 25.

<sup>42</sup> Siehe Ptak, 2004, S. 25 f.; vgl. auch ebenda S. 36 ff.

<sup>43</sup> Ptak, 2004, S. 28 f.

Neoliberalismus seinen Angriff gegen Keynes' Theorie und die keynesianische Beschäftigungspolitik. Der Vorwurf lautet(e), es handele sich nur um einen anderen „Weg in die Knechtschaft“ (Hayek)<sup>44</sup>. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um Bezüge zum neoliberalistischen Anti-Keynesianismus der Gegenwart herzustellen. Der neoliberale Anti-Keynesianismus liefert einen weiteren Beleg für die große Distanz des Neoliberalismus zum politischen Liberalismus, zu dem sich Keynes lebenslang vehement bekannt hatte.

2. Distanzierung zum Laissez faire als Selbstzerstörungsmechanismus des Wettbewerbs und Erklärung der Großen Depression als Folge der interventionistischen Maßnahmen der Weimarer Demokratie.
3. Ausarbeitung der marktwirtschaftlichen Ordnungstheorie und Betonung des „Wettbewerbs als (wirtschaftspolitische) Aufgabe“ (Miksch).
4. Gesellschaftsphilosophische Erweiterung des neoliberalistischen Wirtschaftskonzepts; dies wurde außerhalb Deutschlands zu einem Hauptanliegen der neoliberalen Ideologiestrategie, wie sie ausgehend von dem im August 1938 in Paris durchgeführten „Colloque Walter Lippmann“ und der von dieser Konferenz initiierten, nach Kriegsende gegründeten „Mont Pèlerin Society“<sup>45</sup> forciert wurde.
5. Entwurf einer als „Dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Müller-Armack) propagierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Als weiterer Topos sollte das ahistorische, d. h. geschichtliche Pfadabhängigkeiten leugnende, zumindest bagatellisierende sozialökonomische Weltbild des Neoliberalismus beachtet werden, das zusammen mit der Mathematisierung wesentlich zu der heute vorherrschenden „Enthistorisierung“ der Nationalökonomie beigetragen hat.

## II.5 Verschiedene Versionen der „Sozialen Marktwirtschaft“

Mit Blick auf die anhaltende Popularität der Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ sei mit Rückgriff auf eine bereits vorliegende Veröffentlichung<sup>46</sup> hier abschließend auf die Vieldeutigkeit des Begriffs hingewiesen. Wir folgen nachstehend weitgehend wörtlich dem bereits veröffentlichten Text<sup>47</sup>.

Die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ entbehrt insofern eines festen, allgemein verstandenen Begriffsinhalts, als unseres Erachtens mindestens drei oder gar vier Versionen nebeneinander

---

<sup>44</sup> Vgl. auch Keynes' Widerspruch an die Adresse Hayeks zu dessen Planwirtschaftsphobie, Vgl. John Maynard Keynes, To Professor F. A. Hayek, 28 June 1944, in: John Maynard Keynes, Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S. 385-388.

<sup>45</sup> Walpen, 2004, S. 62 ff. passim.

<sup>46</sup> Karl Georg Zinn, Der machtvolle Minimalstaat der Reichen. Zum „autoritären Liberalismus“ in Deutschland, in: Sozialismus, Jg. 33, 2006, H 7-8, Nr. 301, S. 53-56.

bestehen. Das für die breite Öffentlichkeit maßgebliche Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft betrifft die konkrete Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik des viertel Jahrhunderts seit Gründung der zweiten deutschen Demokratie 1949 bis zum Krisenbeginn Mitte der 1970er Jahre. Diese konkrete Soziale Marktwirtschaft könnte als die „historische Version“ gegen die anderen abgegrenzt werden. Die zweite Version, die als „Ursprungskonzept“ charakterisiert werden kann und im Mittelpunkt der Untersuchung Ptaks steht, ist nicht deckungsgleich mit der „historischen“, weist jedoch wesentliche Überschneidungen mit jener auf – etwa in der Betonung der Wettbewerbsordnung, des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Bemühens, Marktmacht zu begrenzen und ihren Missbrauch zu ahnden. Erhebliche Unterschiede bestehen jedoch in den sozialstaatlichen Elementen der historischen Sozialen Marktwirtschaft, ihrem pragmatischen Interventionismus und den Ansätzen einer demokratischen Unternehmensverfassung (Mitbestimmung), die ausnahmslos gegen den heftigen Widerstand der Ordoliberalen realisiert wurden und dem neoliberalen Ursprungstypus krass widersprechen. Sinnvoll erscheint auch eine – von Ptak nicht ausdrücklich vertretene – Differenzierung zwischen der Vorstellung Müller-Armacks und der von Eucken bzw. der Freiburger Schule umrissenen marktwirtschaftlichen Ordnung. In Müller-Armacks anschaulicher Formulierung: Die von ihm präferierte Soziale Marktwirtschaft sei ein „Halbautomat“, d. h. sie erfordere gewisse staatliche Interventionen ihres sozial befriedigenden Funktionierens halber, wohingegen die „freie“ Marktwirtschaft der Freiburger Schule, also des Ordoliberalismus<sup>47</sup> i. S. Euckens, die Marktwirtschaft als „Vollautomaten“ begreife, der – mit Ausnahme eng umrissener Staatseingriffe (gemäß der vier Euckenschen „regulierenden Prinzipien“) – weder staatliche Sozialpolitik i. S. des Sozialstaatsgedankens noch gar konjunktur- und beschäftigungspolitischen Interventionismus verträge. Der (Neo)Liberalismus verwirft – hierin in vollem Einklang mit dem „Sayschen Theorem“ - alle Konjunktur- und Krisentheorien mit dem Argument, dass die „richtig“ konstruierte kapitalistische Marktwirtschaft aus sich selbst heraus keine Ungleichgewichte erzeuge, sondern die Wirtschaftsschwankungen erst durch die staatlichen Interventionen hervorgerufen würden. Im Hinblick auf die Abweichung der historischen Sozialen Marktwirtschaft vom ordnungstheoretischen Ursprungstypus erscheint uns die Gegenüberstellung der beiden Versionen – Müller-Armack versus Eucken – sinnvoll, da eben der ordoliberalen Purismus einer sich selbst steuernden „freien“ Marktwirtschaft nicht durchgesetzt wurde, sondern die flexiblere bzw. realistischere Fassung der Wettbewerbsordnung Müller-Armacks mit ihrer größeren Offenheit für staatliche Interventionen Praxisrelevanz gewann. Daher ließ sich auch die spätere Ergänzung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung durch den „hydraulischen Keynesianismus“ des „Stabilitätsgesetzes“ (1967) als „Vollendung“ der sozialen Marktwirtschaft deklarieren. Diese ordnungspolitische Neuorientierung fand erbitterten Widerspruch im ordolibe-

---

<sup>47</sup> Vgl. Zinn, 2006a, S. 54 f.



ralen Lager, das jedoch nach dem Abgang Ludwig Erhards von der politischen Bühne seine prominenteste Leitfigur verloren hatte.

Die angebotspolitische Wende der 1980er Jahre – vorbereitet durch die monetaristische Gegenrevolution zum Keynesianismus, die seit 1973 von der Deutschen Bundesbank durchzusetzen versucht wurde – führte schrittweise zur Revision der historischen Sozialen Marktwirtschaft. Dieser restaurative Prozess wird als Offensive des angelsächsischen Neoliberalismus<sup>47</sup> verstanden, da es sich um einen ideologischen Import aus den USA der Ära Reagan und aus Frau Thatchers Großbritannien handelt. In der Bundesrepublik erfuhr das angebotspolitische Credo jedoch eine besonders militante (deutsche?) Ausprägung, die sich insbesondere in der dogmatischen Ablehnung nachfragepolitischer Konzessionen und eines aggressiven Anti-Keynesianismus äußert. In den angelsächsischen Ländern kam es seit den 1990er Jahren wieder zu einer pragmatischeren Haltung gegenüber nachfragepolitischen Ergänzungen der Angebotspolitik.

Als vierte Version präsentiert sich gegenwärtig die von einer ideologischen Offensive der Metallarbeitgeber ausgehende „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“<sup>48</sup>, die aber praktisch nichts mehr mit der historischen Sozialen Marktwirtschaft gemeinsam hat und sich die Bezeichnung nur des guten Klangs in der Öffentlichkeit halber bedient<sup>49</sup>. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ist, wie erwähnt, „neu“ in Relation zur historischen Sozialen Marktwirtschaft, aber sie weist Verwandtschaft mit der von Ptak analysierten Ursprungsversion auf. Es handelt sich sozusagen um den Rückgriff auf einen sozialökonomischen Ordnungsentwurf und seine Legitimationsideologie, die als Reaktion auf die schwere Akzeptanzkrise von Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus am Ende der Weimarer Republik ausgearbeitet worden waren. Die Affinität von „neuer“ und ursprünglicher Version zeigt sich u. a. in der Diskreditierung der Sozialstaatlichkeit, also einem Gebot unseres Grundgesetzes, der schroffen Ablehnung des beschäftigungspolitischen Interventionismus<sup>50</sup>, des universellen Geltungsanspruchs des marktwirtschaftlichen Mechanismus<sup>51</sup> einschließlich der rein marktwirtschaftlichen Verteilungsergebnisse (Arbeitskosten senken!) sowie die Forderung, dass der Staat seinen wirtschaftlichen Einfluss und Aufgabenbereich minimalisiert (Privatisierung), somit Steuer- und Abgabensenkungen als unabdingbar für die erwünschte Wirtschaftsordnung propagiert werden, zugleich aber ein „starker Staat“ die kapitalistische Eigentumsordnung und die Wirtschaftsfreiheit gewährleisten soll.

---

<sup>48</sup> Vgl. Albrecht Müller, *Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet*, München 2006, S. 308 ff.

<sup>49</sup> Der Name „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ wurde von der Werbeagentur „Scholz & Friends“ kreiert, und die INSM wird nach Angaben Müllers jährlich mit 8,8 Millionen Euro von Privatunternehmen finanziert. Müller, a. a. O., S. 309. Vgl. auch Magnus-Sebastian Kutz/Sabine Nehls, *Angriff der Schleichwerber. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ beweist immer wieder ihre perfide Kampagnenfähigkeit*, in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 7, vom 9. Januar 2007, S. 7.

Jüngst wurde von Jürgen Leibiger<sup>50</sup> u. E. zu Recht die undifferenzierte Verwendung des Begriffs „Neoliberalismus“ als pauschaler Kampfbegriff moniert, was verhindere, dass die verschiedenen Strömungen des „Marktradikalismus“ bzw. der Kapitalismus-Versionen in verschiedenen Ländern und bei verschiedenen Parteien und sozialen Gruppen zureffender als bisher geschehen auf ihre unterschiedlichen politischen und ideologischen Funktionen in den jeweiligen Wirkungssphären – etwa in der Wissenschaft (Neoklassik) oder in den Medien (Neoliberalismus) – eingeschätzt werden.

Das Selektieren und die Ausmünzung (wirtschafts-)wissenschaftlicher Theorien zu ideologischen Deutungs- und Rechtfertigungslehren stellt einen geschichtlichen Prozess dar, in dem Opportunitäten, die wiederum von historischen Gegebenheiten abhängen, entscheidend sind. So war es opportun für die kapitalistische Restauration im westlichen Nachkriegsdeutschland die neoliberalen Vorgaben als Orientierungs- und Propagierungsschema für den vermeintlichen Neubeginn zu *instrumentalisieren*. Sobald ein Konzept aufgrund historischer Veränderungen aus Sicht der herrschenden Schichten inopportun wird, seine bisherige ideologische Funktionstüchtigkeit einbüßt, wird es modifiziert oder gar ausgewechselt. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ operiert auf dieser Linie. Nicht die Ideologie macht die kapitalistischen Verhältnisse, sondern diese die (jeweilige) Ideologie. Wenn sich also abzeichnet, dass diese oder jene Spielart des Marktradikalismus (konkret: der gegenwärtige Neoliberalismus) zurücktritt und von einer mehr oder weniger stark modifizierten Version abgelöst wird, so lässt das doch nicht auf ein Schwinden kapitalistischer Produktionsverhältnisse schließen, sondern zeigt nur wieder, dass die ideologische Absicherung den realgeschichtlichen Veränderungen angepasst wird. Der Kapitalismus kann sich gegebenenfalls auch (wieder) mit verwaltungs- bzw. planwirtschaftlichen Strukturen anfreunden, wenn es historisch opportun wird. Es sollte daher auch nicht überraschen, wenn das Instrumentarium aus dem Keyneschen Instrumentenkasten, wie in den angelsächsischen Ländern bereits zu erkennen ist, wieder stärker eingesetzt wird. Das mag im Hinblick auf Beschäftigung, Wachstum und protektionistische Abschirmung für eine gewisse Zeitspanne durchaus zu einer besseren Lage als der gegenwärtigen führen, aber gerade zum Zweck der Stabilisierung der Produktionsverhältnisse. An der langfristigen, d. h. den historischen Trend charakterisierenden Wachstumsreduktion der kapitalistischen Ökonomien wird das nach unserer Einschätzung nichts ändern. Deshalb bleibt sowohl die Keynesische Stagnationstheorie, die bis heute noch nicht breit rezipiert wird, gültig, als auch die Frage offen, ob der Kapitalismus ohne Wachstum an sein Ende

---

<sup>50</sup> Jürgen Leibiger, Krise des Neoliberalismus – Realität oder Wunschtraum, in: Sozialismus, Jg.33, 2006, H 10 (Oktober), Nr. 303, S. 17-21.

gelangt<sup>51</sup> – nicht im Sinn eines „automatischen“ Zusammenbruchs mangels Wachstums, sondern infolge der politischen Reaktionen auf die mit der Wachstumsschwäche unter kapitalistischen Verhältnissen verbundenen Krisenerscheinungen – dabei insbesondere die wachsende gesellschaftliche Verelendung.

## Literaturhinweise

- Autorenkollektiv, 1972, Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker/Burkhard Scherer/Friedrich-Karl Schlotmann/Marianne Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 – 1949, Frankfurt/M.
- Boudon/Bourricaud, 1992, Raymond ~/François ~, Liberalismus, in: dieselben, Soziologische Stichworte. Ein Handbuch, Opladen, S. 291-295.
- Canfora, 2006, Luciano, Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union, Köln.
- Dräger, 1980, H., Liberalismus. IV. Der Liberalismus in ideengeschichtlicher Betrachtung. Teil 2, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer, Hg., Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5, Basel, Sp. 265-272.
- Duchrow u. a., 2006, Ulrich ~/Reinhold Bianchi/René Krüger/Vincenzo Petracca, Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung, Hamburg.
- Engels, 2006, Marc, Die „Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes“. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Aachener wirtschafts- u. sozialwiss. Diss., i. D.
- Erdheim, 1984, Mario, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozeß, Frankfurt/M.
- Esping-Andersen, 1990, Gøsta, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Eucken, 1932, Walter, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, H 2, S. 297-321.
- Eucken, 1955, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. A., Tübingen; Zürich.
- Geiger, 1932, Theodor, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage (= Soziologische Gegenwartsfragen, Heft 1), Stuttgart 1932.
- Geiger, 1967, Theodor, Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen (1926), Nachdruck: Stuttgart .
- Haselbach, 1991, Dieter, Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus, Baden-Baden.
- Hoevar, 1980, R. K., Liberalismus. III. Die Geschichte des L. als politische Bewegung, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer, Hg., Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5, Basel, Sp. 261-264.
- Hoffmann, 2006, Stefan-Ludwig, Das Dilemma der Besatzer. Alliierte Deutschlandpolitik nach 1945: Pragmatismus vor Rigorismus, in: WZB Mitteilungen, Nr. 114, Dezember 2006, S. 15-17.

---

<sup>51</sup> Karl Georg Zinn, Mit Keynes zu einer „anderen Wirtschaft“. Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie, erscheint demnächst als Sammelband-Beitrag.

- Keynes, 1980/1944, John Maynard, To Professor F. A. Hayek, 28 June 1944, in: John Maynard Keynes, Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S. 385-388.
- Krause, 1978a, W., Liberalismus, in: Ökonomisches Lexikon H-P, 3. A., Berlin, S. 418 f.
- Krause, 1978b, W., Neoliberalismus, in: Ökonomisches Lexikon H-P, 3. A., Berlin, S. 590 f.
- Kutz/Nehls, 20007, Magnus-Sebastian ~ /Sabine ~, Angriff der Schleichwerber. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ beweist immer wieder ihre perfide Kampagnenfähigkeit, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 7, vom 9. Januar 2007, S. 7.
- Latouche, 2004, Serge, Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft (2001), Zürich-Berlin.
- Leibiger, 2006, Jürgen, Krise des Neoliberalismus – Realität oder Wunschtraum, in: Sozialismus, Jg.33, H 10 (Oktober), Nr. 303, S. 17-21.
- Lenk, 1969, K(urt), Mentalität, in: Wilhelm Bernsdorf, Hg., Wörterbuch der Soziologie, 2. A., Stuttgart, S. 689-691.
- Lenk, 1986, Kurt, Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik, Lüneburg.
- Liberalismus, 1863, in: Herrmann Wagener, Hg., Staats- und Gesellschafts-Lexikon, Bd. 12, Berlin, S.279 f.
- Marcuse, 1967/1934, Herbert, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Otto Bauer/Herbert Marcuse/Arthur Rosenberg u. a., Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, neu hg. v. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M; Wien 1967, S. 39-74.
- Müller-Armack, 1966/1946, Alfred, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, in: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg/B. 1966, S. 19-170.
- Neumann, 1984/1942, Franz, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1945, Frankfurt/M.
- Polany, 1977, Karl, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (1944), Wien.
- Ptak, 2004, Ralf, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen.
- Reif, 1969, H., Liberalismus, in: Wilhelm Bernsdorf, Hg., Wörterbuch der Soziologie, 2. A., Stuttgart, S. 635-637.
- Röpke, 1948, Wilhelm, Die Ordnung der Wirtschaft, Frankfurt/M.
- Röpke, 1954, Wilhelm, Die Lehre von der Wirtschaft, 7. A., Erlenbach; Zürich; Stuttgart.
- Rüstow, 1932, Alexander, Interessenpolitik oder Staatspolitik, in: Der deutsche Volkswirt, Jg. 7, H 6, S.169-172.
- Stierstofer, 2003, Klaus, Hg., Deutschlandbilder im Spiegel anderer Nationen. Literatur, Presse, Film, Funk, Fernsehen, Reinbek.
- Storbeck, 2007, Olaf, Wo Keynes doch Recht hatte und Friedman falsch lag, in: Handelsblatt, Nr.10. vom 15. Januar 2007, S. 9.
- Ulrich, 2005, Axel, Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet, Wiesbaden (Marburger Diss. 2005).
- Vierhaus, 1982, Rudolf, Liberalismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Hg., Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart, S. 741-785.
- Walpen, 2004, Bernhard, Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Gesellschaft, Hamburg (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1).
- Walther, 1982, Rudolf, Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Hg., Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart, S. S. 787-815.
- Zinn, 1992, Karl Georg, Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim; Leipzig; Wien; Zürich.

- Zinn, 2006a, Karl Georg, Der machtvolle Minimalstaat der Reichen. Zum „autoritären Liberalismus“ in Deutschland, in: Sozialismus, Jg. 33, H 7-8, Nr. 301, S. 53-56.
- Zinn, 2006b, Karl Georg, Kulturelle Unterschiede als Einflußgröße auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln – zu den nationalen Differenzen in der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit, in: Alexander Grasse/Carmen Ludwig/Berthold Dietz, Hg., Soziale Gerechtigkeit. Reformpolitik am Scheideweg. Festschrift für Dieter Eißel zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2006, S. 243-256.
- Zinn, 2006d, Karl Georg, Wie Reichtum Armut schafft, 4. A., Köln.
- Zinn, 2007, Karl Georg, Mit Keynes zu einer „anderen Wirtschaft“. Zur Langfristperspektive keynesianischer Ökonomie, erscheint demnächst in einem Sammelband.